

top thema
Jäger der
gestohlenen Schätze

kommentar
Mehr Sicherheit für
unsere Volksvertreter

vkö
Kriminalistentreffen
Österreich - Bayern

06/18

kripo.at



**VEREINIGUNG
KRIMINALDIENST
ÖSTERREICH**

M-MAYBE HE WILL NOT
FIND THE FAKE
IN THIS
PICTURE!

KUNSTFÄLSCHUNG

EIN BLICK ZURÜCK

Vereinsinternas sind üblicherweise kein Thema für mein Editorial. Wen interessiert es schon, dass wir dies oder das gemacht haben? Lieber schreibe ich über Fachthemen, die uns alle betreffen oder interessieren. Heute will ich eine Ausnahme machen. Dies deshalb, weil vor etwa 10 Jahren eine neue Ära in der Geschichte der VKÖ begann.

Gehen wir zurück in das Jahr 2008. Die VKÖ stand seit geraumer Zeit unter Druck. Die Mitgliederzahlen waren durch Karteileichen geschönt und Aktivitäten waren eigentlich nicht vorhanden. Kein Wunder, der aufgeblähte Vorstand bestand fast ausschließlich aus lieben alten Herren um die 75, der Obmann war amtsmüde. Da kann man nicht viel erwarten. Dazu kam eine komplizierte Organisationsstruktur mit Vorstand und Aufsichtsrat, aber ohne klare Kompetenzen. Es fehlte jegliches kaufmännische Denken und das Erkennen, dass sich die Zeiten geändert hatten. Neue Entwicklungen, wie der Auftritt im Internet mittels Website, ein eigenes Facebook-Profil wurden als unwichtig angesehen und daher vernachlässigt.

Die Zusammenlegung von Gendarmerie, Polizei und Kriminalpolizei verunsicherte die Kriminalpolizisten und damit die VKÖ nachhaltig. Es herrschte Weltuntergangsstimmung und es wurde tatsächlich die Auflösung der Vereinigung angedacht, weil es ja auch keine eigenständige Bundeskriminalpolizei mehr gab. Zugute halten muss man dem damaligen Vorstand, dass er erkannte, dass es so nicht weitergehen könne. Eine Berufsvereinigung mit damals 89jährigem Bestand einfach zu liquidieren kam nicht in Frage.

So machte man sich auf die Suche nach einem neuen aktiven Vorstand, der wieder Schwung in die heiligen Hallen bringen könnte. Die Suche nach einem Mastermind endete bei mir und ich erhielt das Pouvoir, einen völlig neuen Vorstand aufzustellen.

Die neuen Vorstandsmitglieder, die im Jänner 2009 gewählt wurden, entrümpelten die Vereinigung. Neue Statuten, eine neue Geschäftsordnung und eine neue Organisation machten uns wieder schlagkräftig. Die Reorganisation der Öffentlichkeitsarbeit mit Zeitung, Website und Facebook-Account sollte uns bei der nächsten Generation bekannt machen. Fachspezifische Seminare und verlockende Events sollten unsere Zielrichtung, Fortbildung und Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls, fördern.

Heute, 10 Jahre nach der Festlegung des Zieles, kann ich mit gutem Gewissen sagen: Das Ziel ist erreicht. Die VKÖ ist etabliert, die Mitgliederzahlen sind stabil und wir sind finanziell gut abgesichert. Dass auch der Wunsch, wieder eine eigene Kriminalbeamtenausbildung zu bekommen in Erfüllung gehen wird, sei nur am Rande erwähnt.

Jetzt gilt es, eine neue Generation von Funktionären zu finden und neue Ziele festzulegen. 2019 wird ein Jahr, in dem zukünftige Ziele festgelegt werden müssen. Wir arbeiten daran.

In diesem Sinne wünscht Ihnen die VKÖ ein friedvolles Weihnachtsfest, einen guten Jahreswechsel und viel Erfolg für 2019.

Richard Benda
Präsident



ausgabe
06/18

splitter

Nationale und internationale Meldungen..... 5

vkö

Vollversammlung 7

bericht

Die Sekunde des Zweifels 9

mix

Buchtip: „An der Grenze“ 11

Geldwäsche-Ermittler im Paragrafenschungel... 11

top thema

Fälscherfreibrief..... 13

Eine erfolgreiche Familie 15

Jäger der gestohlenen Schätze..... 16

Fälschen: Das sühnelose Delikt..... 19

kommentar

Sicherheit für unsere Volksvertreter..... 23

vkö event

Kriminalistentreffen Österreich - Bayern 25

intern

kripo.at Termine..... 27

Aus dem VKÖ Archiv 27

Waffenträger aufgepasst! 27

Kurzweiliger Krimiabend..... 27

Spannender Psycho-Vortrag 29

Wohnung zu vergeben 29

kripo.at Rätsel 29

■ 일시 | 2018. 01. 23 (화)



dubai.

Nachdem sein Vorgänger Meng Hongwei bei einer China-Reise (mutmaßlich wegen Korruption in Haft) „verschwunden“ war, haben die Interpol-Delegierten aus 194 Ländern bei ihrer 87ten Konferenz in den Vereinigten Arabischen Emiraten seinen Nachfolger gewählt. Kim Jong Yang aus Südkorea hat sich dabei gegen den russischen Kandidaten durchgesetzt. Der 57-Jährige ist nun bis 2020 Präsident der internationalen Polizeiorganisation.

klagenfurt.

Speziell in Unterkärnten kommt es zu Engpässen bei der Totenbeschau. Gemeindeärzte, die für diese Tätigkeit eigens angelobt werden, seien vor allem nachts und an Wochenenden nicht erreichbar, klagte Bestatter Josef Kos im ORF-Interview. Als Begründung werden Ärztemangel und die geringe Entlohnung (von 50 bis 70 Euro pro Beschau) genannt. Nun wird ein neuer Modus für die gesetzlich vorgeschriebene Totenbeschau gesucht, wobei durchaus die Gefahr besteht, dass die „Qualität“ darunter leidet.

(Quelle: <https://kaernten.orf.at>)



berlin.

Wer in der deutschen Hauptstadt in eine Funkzellenabfrage der Sicherheitsbehörden geraten ist, kann sich darüber seit November informieren lassen. Es genügt eine anonyme Registrierung im Transparenzsystem, die Verständigung erfolgt dann per SMS – freilich erst nach Abschluss der jeweiligen Ermittlungen. Im Vorjahr wurden in Berlin in 426 Verfahren 474 Funkzellenabfragen durchgeführt und dabei 59 Millionen Datensätze erhoben, davon 15,2 Millionen Telefonate. (Quelle: <https://fts.berlin.de>)



wien.

Etwas verzögert setzt die Regierung eine EU-Richtlinie zur Cybersicherheit um und schafft das Netz- und Informationssystemssicherheitsgesetz (NISG). Darin werden die Kompetenzen prinzipiell zwischen Kanzler und Innenminister aufgeteilt. Dem Verteidigungsministerium, in der Materie zuletzt sehr engagiert, kommt eine eher untergeordnete Rolle zu. Kernpunkte sind unter anderem Meldepflichten von Störfällen, „Einsichtnahme“ in Systeme sowie die Schaffung von Notfallteams und die Maßnahmen-Koordinierung bei einer Cyberkrise.

(Quelle: www.parlament.gv.at)

innsbruck. Die „Bogenmeile“ der Tiroler Landeshauptstadt galt schon länger als Brennpunkt, wurde deshalb auch videoüberwacht. Zeitgleich mit einem „Messer-Mord“ Ende November wurde angekündigt, dass der Bereich per 1. Dezember zur ersten „Waffenverbotszone“ Österreichs erklärt wird. Möglich wurde das durch

die Novelle des SPG im Sommer, das unter anderem um den einschlägigen Paragraphen 36b erweitert wurde. Verboten sind alle Gegenstände, die geeignet sind und „den Umständen nach dazu dienen, Gewalt gegen Menschen oder Sachen auszuüben“.





Ulf Küch, Leiter der Kripo Braunschweig, Georg Rabensteiner, Leiter LKA St West, Sebastian Fiedler, Bundesvorsitzender BdK, Richard Benda, Präsident VKÖ



Übergabe des Sponsorbetrages an Klaus Mair und Tamara Bollwein (links Dr. Johannes Kerschbaumer von der Donau Uni Krems)

vkö

VOLLVERSAMMLUNG 2018

In gewohnter Routine wurde auch heuer die jährliche Vollversammlung der VKÖ abgehalten. Wie schon mehrmals war das „Hotel Regina“ am Alsergrund Schauplatz der Abendveranstaltung.

Traditionell begann die Versammlung am 30. November mit einem „Get-together“ im Makartsaal des Hotels: In lockerer Atmosphäre werden Erfahrungen ausgetauscht, Kollegen, die sich lange nicht gesehen haben, treffen einander und natürlich wird über die Polizei, im Besonderen über den Kriminaldienst, diskutiert.

Die eigentliche Versammlung im Votivsaal begann dann mit einer Minute der Besinnung, denn der Tod hat dieses Jahr eine tiefe Furche in unsere Reihen gerissen. Vor allem unsere ehemaligen Vorstandsmitglieder Kurt Stöger, Herbert Raus, Walter Kölnberger und unser erstes deutsches Mitglied, Frank W. Stolt, der jedes Jahr Seminare für uns abgehalten hat, sind von uns gegangen.

Geradezu wohltuend war dann, was Präsident Richard Benda und sein Vizepräsident Helmut Kaiser den Mitgliedern mitteilen konnten. Vor allem die Entscheidung, das Haus in der Servitengasse aufzustocken, fand Beachtung.

Die Schatzmeister Manfred Klimek und Helmut Bärtil konnten die Versammlung beruhigen, denn die Finanzen der

Vereinigung sind stabil und die Kosten der Aufstockung schon seit Jahresbeginn einkalkuliert, das Geld dafür vorhanden. Wie nicht anders zu erwarten, bestätigten die Rechnungsprüfer eine hervorragende Buchhaltung und gesicherte Finanzen. Die Entlastung des Vorstandes war damit nur mehr Formsache.

Leider konnte nach Jahren des Mitgliederzuwachses diesbezüglich keine positive Bilanz gezogen werden, denn, wie bereits angeführt, der Tod lichtet derart unsere Reihen, dass die Neuzugänge dies kaum ausgleichen konnten. Somit bleibt nur ein Plus von 12 neuen Mitgliedern.

Erfreulicher dagegen die Gründung einer Sektion in Wien. Bisher wurden die Tätigkeiten in Wien von der Vereinsführung selbst bestritten, doch man kam zur Überzeugung, dass sich die Zentrale auf Gesamtaufgaben zurückziehen soll und die Tätigkeit vor Ort besser durch eine Sektion erledigt werden kann. Roland Wastl, vom LKA Wien, Außenstelle Nord, hat die Aufgabe des Sektionsleiters übernommen, bis zur Ernennung eines Stellvertreters wird ihm Vizepräsident Franz Scheucher helfend zur Seite stehen.

Fortbildung ist ein wesentlicher Bereich der Tätigkeit der VKÖ. Deshalb sponsert die Vereinigung seit nunmehr fast 10 Jahren Polizeibeamte, die sich neben ihrer dienstlichen Tätigkeit fortbilden und dafür auch noch Geld auf den Tisch legen. Vom Wissenschaftlichen Beirat der VKÖ wurden heuer unsere Kollegen Tamara Bollwein und Klaus Mair ausgewählt. Ihre Masterarbeiten auf der Donau-Universität in Krems über Schlepperkriminalität bzw. Verdeckte Ermittlungen fanden allgemeine Zustimmung, denn sie sind auch im praktischen Dienst von Interesse.

Als erfreulich könnte man auch ansehen, dass es offensichtlich nur wenige Kollegen in unseren Reihen mit finanziellen Problemen gibt. Lediglich zwei neue Anträge auf ein zinsloses Darlehen wurden 2018 eingereicht.

Der Abschluss der Versammlung galt jenen Mitgliedern, die uns 25, 40 oder 50 Jahre die Treue hielten. Eine Urkunde und ein kleines Dankeschön nahmen die durchwegs älteren Herren mit nach Hause, unter anderem Oberst i.R. Willibald Plenk für ein halbes Jahrhundert Mitgliedschaft.

DIE SEKUNDE DES ZWEIFELNS

Der „Faktor Mensch“ ist die gefährlichste Stelle des Internets. Wenn nicht bedenkenlos alles geöffnet und heruntergeladen würde, dann könnte sich die Internetkriminalität nicht so sprunghaft entwickeln. Eine Sekunde zweifeln würde viel Schaden vermeiden.

Eigentlich ein trockenes Thema, das sich die Donau-Universität Krems für ihre 16. Sicherheitskonferenz für Ende Oktober ausgesucht hat: „Digital disorder – Cybercrime und der Faktor Mensch.“ Im gut besuchten Audi Max der Universität wurden die Zuhörer aber überrascht, wie lebensnah dieses Thema ist und wie sehr jeder, der einen Computer auch nur einschaltet, davon betroffen sein kann. 80% der Angriffe aus dem Cyberraum werden durch menschliche Fehler erst möglich, und 100% der User können Opfer werden.

Michaela Kardeis, Generaldirektorin für öffentliche Sicherheit, betonte in ihrer Eröffnungsrede, dass zwar Expertenwissen notwendig sei, aber die Bewusstseinsbildung der Allgemeinheit über die Gefahren des Internets ein wesentlicher Punkt sei, Internetkriminalität zu verhindern. „Wissen gibt Sicherheit“ war eine ihrer Kernaussagen.

Bei einer Podiumsdiskussion wurde die Frage aufgeworfen, warum es im Gegensatz zu sinkenden Zahlen der Kriminalität in der analogen Welt, zu einer fast explosions-

artigen Steigerung bei der Internetkriminalität kommt. Die Experten klärten darüber auf:

- 1,5 Billionen Dollar schwer wird der Markt für Cybercrime geschätzt
- Die fortschreitende Technik und die Möglichkeit, Module für kriminelles Handeln im Internet kaufen zu können, wodurch auch Menschen ohne technische Vorkenntnisse zu Cyberkriminellen werden können
- Der steigenden User-Zahl folgt zwangsläufig die der möglichen Opfer
- Die Vernetzung von Geräten (Internet of things) eröffnet neue illegale Zugänge
- Die Leichtsinnigkeit der Internetuser, die bei lockenden Goodies sofort jedes skeptische Denken ausschließen
- Es fehlt offensichtlich die Sensibilisierung, Gefährliches im Internet wahrzunehmen

Beispiele, die in den Debatten, angeführt wurden, sind haarsträubend. So wurden zehn mit Sendern ausgestattete Sticks

auf der Wiener Mariahilfer Straße testweise „verloren“. Innerhalb von 24 Stunden nahmen neun Finder den Stick in Betrieb und hätten sich damit einen Trojaner eingefangen. Bei Firmen und Behörden ist der Faktor Mensch, gepaart mit Dummheit, die wohl größte Gefahr. Bei Tests wurde festgestellt, dass bedenkenlos Code- und Passwörter an unbekannte Anrufer mitgeteilt wurden. In der Regel finden Hacker den Zugang in Firmennetzwerke durch die Überlistung eines Benutzers.

Der Meinung mancher Vortragenden, dass man der Internetkriminalität hoffnungslos hinterherlaufen würde, widersprach Leopold Löschl, Leiter des „Cyber Crime Competence Center“ (C4) im Bundeskriminalamt. Denn der Entwicklung von Schadstoff-Software steht auch neue Technik der Sicherheitsprogramme gegenüber und...

...auch Cybertäter machen Fehler!

• richard.benda@kripo.at



BUCHTIPP: „AN DER GRENZE“

Der Untertitel eines kürzlich erschienenen Buches lautet „Wie Polizistinnen und Polizisten die Flüchtlingsbewegung erlebten“, das die Problematik der Flüchtlingsbewegung 2015 aus der Sicht der eingesetzten Beamten zeigt.

Das Jahr 2015 war eine Zeitenwende. Fast eine Million Menschen durchquerten unser Land, einige tausend blieben. Erlebt haben wir alle die Welle, die über unser Land schwappte, aber direkt betroffen waren die vor Ort eingesetzten Kollegen. 20 von ihnen haben unter der Leitung von Christine Dobretsberger ihr Wissen und ihre Eindrücke zu Papier gebracht. Ein Zustandsbericht, der bei einigen Geschichten die innere Zerrissenheit zwischen Menschlichkeit und dienstlichem Auftrag erahnen lässt. Die Unterscheidung zwischen echten Flüchtlingen und Trittbrettfahrern machte vielen Beamten Kopfzerbrechen.

Persönlich hat mich der Beitrag von Christian Rosenich beeindruckt. Er war einer jener Beamten des LKA-Burgenland, die 71 in einem LKW erstickte Flüchtlinge identifizieren mussten (siehe auch kripo.at 06/15).

„An der Grenze“ ist ein lobenswertes Projekt. Machbar war es durch die Unterstützung der GÖD und der Polizeigewerkschaft, herausgebracht hat es der ÖGB-Verlag.

An der Grenze

163 Seiten, ÖGB-Verlag

Preis: Euro 24,90

ISBN 978-3-99046-295-9

Erhältlich in allen Buchhandlungen oder direkt im Online-Shop des ÖGB-Verlages www.arbeit-recht-soziales.at/christine-dobretsberger-an-der-grenze

• RB



GELDWÄSCHE-ERMITTLER IM PARAGRAFENDSCHUNDEL

Skurrile Anekdoten über internationale Experten-Treffen weiß Josef „Pepi“ Mahr Sonderzahl zu erzählen; wie von jener Delegation, deren Mitglieder bei der „Geldwäsche-Tagung“ auf einer Karibikinsel nur durch einen heftigen Sonnenbrand im Gesicht aufgefallen waren. Mit Geschichten wie dieser „würzt“ der ehemalige Leiter der Anti-Geldwäsche-Einheit im .BK gerne seine Ausführungen über die bürokratischen Auswüchse der internationalen Zusammenarbeit in Sachen Bekämpfung von Geldwäsche. So auch jüngst bei einem Fachvortrag mit dem Titel „Geldwäsche - ausufernde Bürokratie der EU?“ in den Räumen der VKÖ in Wien.

„Was für eine Entwicklung! Die erste Richtlinie 1991 hatte ganze sechs Seiten, die jüngst erlassene 5. EU-Geldwäscherichtlinie bringt es auf stolze 47 Seiten“, merkte Mahr gleich kritisch an. Viele der darin enthaltenen Punkte wie mehr Transparenz bei wirtschaftlichen Eigentümern, erhöhte Sorgfaltspflichten oder der Ausbau der Befugnisse der Meldestellen habe er schon vor Jahrzehnten andiskutiert.

Teils realitätsferne Regelwerke und zu viele „Stakeholder“ (Behörden, Organisationen und Meldestellen) behindern jedoch in der Praxis eine effektive Zusammenarbeit auf internationaler wie nationaler Ebene. Mit dem Ergebnis, dass zwar allorten etwas ermittelt werde (Stichwort „Panama-Papers“), die Menge an tatsächlichen Verurteilungen aber eher bescheiden ausfällt. Dazu komme noch, so Mahr, dass überall immer mehr „Theoretiker sitzen, aber keine Praktiker.“ Mehr „G’schichterIn“ vom alten Praktiker unter www.kripo.at



top thema

FREIBRIEF FÜR FÄLSCHER?

Vor Gericht haben (mutmaßliche) Kunstfälscher gute Chancen auf Freispruch. Jüngst so entschiedene Kriminalfälle zeigen die Schwächen von Ermittlungen, Gesetzeslage und Rechtsprechung in der ganz eigentümlichen Szene auf.

Die erste Frage, die sich stellt: Was ist eine Fälschung? Dass eine Kopie von „Guernica“ so bezeichnet wird, liegt auf der Hand. Doch wie verhält es sich mit einem Bild, das nur im Stil von Pablo Picasso angefertigt wurde? Da kommt es wohl (und vor allem) auf die Rahmenbedingungen an. Etwa auf die Signatur. Und wie und mit welchen Mitteln die Historie des Kunstwerkes dargestellt wird. Zum Beispiel durch (gefälschte) Zertifikate renommierter Galerien, durch deren Hände das Bild (angeblich) schon gegangen ist. Und auch (bestellte) Gutachten können eine maßgebliche Rolle spielen.

Ein derart fabriziertes fiktives Meisterwerk alleine ist an sich noch kein Fall fürs Gericht. Auch der Preis dafür ist strafrechtlich nur bedingt relevant. Wird das Bild aber als „echt“ bezeichnet und soll demzufolge entsprechend viel kosten, wird es heikel. Da Betrug aber bekanntlich ein Vorsatzdelikt

ist, muss dem Verkäufer dieser Umstand bekannt sein bzw. wird ihm nachzuweisen sein, dass das Bild nicht von Meisterhand stammt. Und genau das ist einer der Knackpunkte.

24. April 2014: Der (angebliche) Picasso lag auf dem Billardtisch im Hinterzimmer eines Lokals in Wien-Rudolfsheim/Fünfhaus. 300.000 € sollte das Bild kosten, geradezu ein Schnäppchen. Und die Verkäufer versicherten, man könnte noch weitere 40, 50 Gemälde besorgen. Dazu kam es jedoch nicht. Denn der Interessent war ein verdeckter Ermittler.

In seinem Sachverständigengutachten kam der renommierte Kunsthändler Herbert Giese zu einem eindeutigen Urteil: Echtheitszertifikate hin oder her, die vier in Summe sichergestellten Picassos sind „diplomatistischste Fälschungen“. Allerdings sind die Bilder eben keine Kopien bestehender

Kunstwerke, sondern nur dem Stil des Meisters nachempfunden.

Im langwierigen Strafprozess am LG Wien drehte sich dann alles um den angeblichen Besitzer der Bilder, einen greisen serbischen Ex-Diplomaten. Der wurde im Rechtshilfeweg einvernommen. Er würde steif und fest daran glauben, dass die Werke echt sind, ließ er das Gericht wissen. Über einen Bekannten hätte er Käufer gesucht, auf Umwegen sind die Gemälde dann bei dem in Wien lebenden Montenegriner und seinem Wiener Kumpel gelandet, den wegen (versuchten) schweren Betrugs Angeklagten. Die beiden einschlägig (mehrfach) vorbestraften Männer wurden im Zweifel freigesprochen.

Das Urteil war noch nicht gesprochen, da zeichnete sich bereits ein weiterer Kunstdeal nach demselben Schema (und offenbar im selben Dunstkreis) ab. Dieses



Oft sind Originale von Fälschungen nur schwer zu unterscheiden

Mal sollte das Geschäft in einem Hotel am Flughafen Schwechat über die Bühne gehen. Fünf Picassos würden um rund zehn Millionen Euro den Besitzer wechseln, hieß es im Vorfeld.

27. Juli 2016: Kaum hatten die Verkäufer drei von 14 zu dem Treffen mitgebrachte Bilder aus der Mappe gezogen, zeigten auch schon Kriminalisten vom Stadtpolizeikommando Schwechat mit Cobra-Unterstützung Interesse an der heißen Ware: der potenzielle Kunde war – so ein Zufall aber auch – ein verdeckter Ermittler.

Vier Monate später und nach ausführlichen Hintergrundermittlungen ging das Bundeskriminalamt in einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit. Der kunstsinnige (damalige) Innenminister sprach von „einem einzigartigen Fall“. Er lobte die Ermittler und zeigte sich verzückt.

Dieser Freude konnte sich das LG Korneuburg jedoch nicht so ganz anschließen: Es sprach die Angeklagte in einem langwierigen Verfahren im September 2018 frei. Sinngemäß deshalb, weil man nicht wisse, ob die Bilder schlussendlich tatsächlich als „echt“ verkauft worden wären. Es hätte ja auch sein können, dass es vor dem Abschluss noch zu einer weiteren Begutachtung gekommen und das Geschäft geplatzt wäre... Die Staatsanwaltschaft hat

jedenfalls Nichtigkeit angemeldet, man wird sehen, ob einige durchaus belastende Aspekte doch noch berücksichtigt werden.

Denn was Justitia offenbar entgangen ist: Man hatte zwischenzeitlich umfangreiches Beweismaterial zusammengetragen. Etwa die Erkenntnis, dass ein angeblich von Picassos Sohn unterfertigtes Echtheitszertifikat selbst nicht echt ist. Oder den Beweis, dass ein Stempel auf der Rückseite eines Gemäldes, der bestätigen sollte, dass das Bild einst im Besitz von Bundespräsident Kurt Waldheim gewesen sei, ebenso falsch ist. Zudem ging aus Unterlagen hervor, dass die Werke bereits in anderen Galerien, etwa in der Schweiz, angeboten, aber als unecht abgelehnt worden waren. Die Verkäufer hätten also jeden Grund gehabt, an der Seriosität ihres Unterfangens zu zweifeln. Und nicht zuletzt stimmten vorgelegte Historien hinten und vorne nicht überein.

Dreh- und Angelpunkt beider Fälle scheint der ominöse Ex-Diplomat aus Belgrad zu sein. Den über 80-Jährigen umweht ein Hauch von Agenten, Organisierter Kriminalität, Wiener Strizzis samt pleitegegangener Pizzawirte und dubioser Kaffeesieder, Gebrauchtwagenhändlern und Kaufleuten (ohne Geschäft), der Großteil aus verschiedenen Ländern Ex-Jugoslawiens stammend. Letztere sind es, die mit den Bildern hausieren gingen – und die

Angeblicher Picasso zum Schnäppchenpreis

sich vor Gericht wiedergefunden haben. Sie hätten auf Provisionsbasis agiert und wären im treuen Glauben gewesen, dank Glück an einem supersauberen Kunstdeal mitschneiden zu können.

Um die (mutmaßlichen) Hintergründe zu verstehen, muss man einige Jahrzehnte zurückgehen. Im ehemaligen Ostblock war es durchaus üblich, West-Devisen auf kriminelle Art und Weise zu lukrieren. So wurde der kapitalistische Feind geschädigt; und zugleich Geld in die eigenen maroden (Staats)Kassen gespült, sind die Aktivitäten doch von Geheimdiensten betrieben worden. Ein Betätigungsfeld war das Fälschen von Kunstgegenständen, die dann auf verschlungenen Wegen – nicht selten über „Diplomaten“ – ihren Weg in den Westen gefunden haben. In dieser Zeit war es jenseits des Eisernen Vorhangs aber auch nicht einfach, an echte Alte Meister zu kommen. Folglich ließen sich Kunstliebhaber (ebenfalls von talentierten Malern, meist Studenten) entsprechende Werke anfertigen. Insider gehen davon aus, dass von den ehemals „staatsnahen“ Kunstwerken noch umfangreiche Lager bestehen. Die ab den 1950er Jahren maßgeblichen Agenten sind mittlerweile tot; oder jedenfalls sehr betagt, nicht wenige haben nach dem Zusammenbruch des Ostblocks die Fronten gewechselt.

• peter.grolig@kripo.at

EINE ERFOLGREICHE FAMILIE

Die ältliche Mutter, im Auftreten Miss Marple ähnlich. Der Vater, angejahrt, aber noch aktiv. Ein Sohn, der einer Karriere nachtrauerte, die nie begonnen hatte. Die Familie Greenhalgh aus Manchester betrieb vermutlich eine der besten Kunstfälscherwerkstätten unserer Zeit. Sie produzierte, was der Markt verlangte.

Die Aufgaben innerhalb der Familie waren genau verteilt. Der Sohn und Meisterfälscher arbeitete vorwiegend in der Küche des Einfamilienhauses. Unterstützt wurde er dabei von seiner Mutter, die mit großer Sachkenntnis und Sorgfalt für die Auswahl des verwendeten Materials zuständig war.

Dem Vater kam im Rahmen des Teamworks eine besondere Rolle zu. Er spielte den leicht verkalkten Erben, der sich mit Kunst überhaupt nicht auskannte und hilflos Fachleute um ihren Rat bat. Meist tauchten zufällig Fundstücke und Beweise (ebenfalls sorgfältig gefälscht) zur Herkunft des einen oder anderen Stücks aus einer angeblichen Erbmasse auf. Gefälscht wurde nahezu alles. Von der römischen Antike über Werke englischer Bildhauerkunst bis zur amerikanischen Landschaftsmalerei war alles zu haben.

Ein großer Coup des Greenhalgh Teams, war ein Alabastertorso der ägyptischen „Amar-na-Prinzessin“. Dieser stellt angeblich eine Tochter des Pharaos Echnaton und seiner Gemahlin Nofretete dar. Das vom British Museum für echt befundene Stück brachte beim Verkauf an ein Museum immerhin 400.000 Pfund. Lukrativ war auch der Verkauf von Plastiken der bedeutenden englischen Bildhauerin Jocelyn Barbara Hepworth.

Übertroffen wurde dies alles jedoch durch ein Leonardo da Vinci zugeschriebenes Porträt mit dem Namen „La bella Principessa“ (die schöne Prinzessin), über dessen Ursprung die Kunstexperten bislang uneins sind. Fälscher Greenhalgh behauptet bis heute, dass es sich bei dem Werk um ein von ihm in den Siebzigerjahren hergestelltes Bild seiner Freundin Sally, einer Supermarktangestellten, handelt.

1998 tauchte das angeblich 500 Jahre alte Bild plötzlich in New York auf. Der Katalog des Auktionshauses Christie's bezeichnete es als deutsche Arbeit aus dem frühen 19. Jahrhundert. Später wechselte das Porträt dann für knapp 22.000 Euro den Besitzer - und landete schließlich in den Händen eines Da-Vinci-Experten. Inzwischen schätzen einige Fachleute den Wert des Bildes auf mindestens 100 Millionen Euro.

Die Beurteilung von Herkunft und Alter des Werkes ist vor allem deshalb schwierig, weil die verwendeten Materialien tatsächlich aus dem 16. Jahrhundert stammen. Als Leinwand diente unter anderem eine alte Urkunde aus der Zeit. Der Preisunterschied zwischen Fälschung und Original liegt bei etwa 100 Millionen Dollar.

Die Vielfalt der gefälschten Kunstwerke und das nahezu perfekt organisierte Vertriebssystem auf Familienebene stellen in der Geschichte der Kunstfälschungen eine Seltenheit dar. Mit zunehmendem Erfolg wurden die Akteure allerdings immer dreister.

Es waren Kleinigkeiten, die zum Auffliegen der kriminellen Machenschaften führten. Ein modernes Zaumzeug an Pferden und Fehler auf einem Keilschriftfragment, ließen das Familienunternehmen platzen.

Der Sohn, zweifellos ein begnadeter Meister der Fälscherzunft, landete für mehr als 4 Jahre im Gefängnis, die über 80-jährige Mutter kam ebenso wie der gebrechliche Vater mit einer Bewährungsstrafe davon. Insgesamt ein Lehrstück, wie man mit relativ wenig Aufwand aber guter Inszenierung auch renommierte Fachleute täuschen kann.

• josef.w.lohmann@kripo.at



oben: George, Olivia & Shaun Greenhalgh
unten: La bella principessa von Da Vinci



IDLIB MUSEUM, SYRIA

9,494 OBJECTS
OF INVALUABLE CULTURAL HERITAGE
WERE STOLEN IN MARCH 2015

If you have any information about the theft or current location
of these objects, please contact :

INTERPOL General Secretariat
(Lyon, France)
Tel: + (33) 4 72 44 76 76
Email: woo@interpol.int

WWW.INTERPOL.INT

Zum Inhaltsverzeichnis



Kernos
Ceramic, Middle Bronze Age
17 x 23 cm



Female head
Basalt, Ancient Bronze Age
37 x 34 x 28 cm



Female figurine
Ceramic, Ancient Bronze Age
12.5 x 3.3 x 1.7 cm



Cuneiform tablet
Clay, Ancient Bronze Age
17 x 19 x 5 cm

top thema

JÄGER DER GESTOHLLENEN SCHÄTZE

Undank ist nicht nur der Welten Lohn: Die Kulturfahndung im .BK hat damit umzugehen gelernt, dass nicht jede Straftat gerichtlich sanktioniert wird. Ein spannendes und lohnendes Aufgabengebiet ist die Materie trotzdem.

Kulturgutfahndung war ursprünglich im Büro für Erkennungsdienst, Kriminaltechnik und Fahndung (EKF) in der Abteilung II der BPD-Wien (Kriminalpolizeiliche Abteilung) angesiedelt. Der erste Schritt zur wissenschaftlichen Aufarbeitung dieser Fahndungstätigkeit erfolgte durch Mag. Dr. Martin Trifter, der sich vom Kriminalbeamten im Sicherheitsbüro (SB) zum wissenschaftlichen Mitarbeiter im EKF hocharbeitete. Ende der 1980er Jahre bemühte sich Trifter, die Fahndung nach Kulturgütern auf neue Beine zu stellen. Er

nützte seine langjährigen ebenso engen wie guten Kontakte mit ausländischen Kollegen, Museen und Kunsthandel, war bemüht, jeder neuen Fahndung in der EDV Lichtbilder beizugeben, er koordinierte die Ermittlungen und die Fahndung in ganz Österreich und dem Ausland und war auch (vom Leiter der Interpol-Wien) berechtigt, mit dem Ausland auf kurzem Wege zu korrespondieren. Nur so konnte man schon damals nach gesuchten Kulturgütern effizient fahnden und Erfolge erzielen. Nach Trifter übernahm in den 1990ern Mag. Anita

Gach den wissenschaftlichen Teil der Kulturgutfahndung im EKF.

2002 erfolgte die Übernahme der EKF-Kulturgutfahndung in die für allgemeine und organisierte Kriminalität zuständige Abteilung 3 des damals gegründeten Bundeskriminalamtes (.BK). Die kriminalpolizeilichen Agenden des jetzt „Kulturgutkriminalität“ genannten Referats wurden anfänglich vom Büro II/BK/3.3 übernommen. Erst 2008 wurde Kontrollinspektor Josef Urban allein für die Kulturgutkriminalität



Jar
Ceramic, Ancient Bronze Age
Height 79 cm



Male figurine
Ivory, Middle Bronze Age
7.4 x 2.5 x 1.3 cm

wie zuvor beschrieben verantwortlich. 2010 integrierte man das bestehende Personal in die Abteilung II/BK/2 (Internationale Polizeikooperation und Fahndung) und bezeichnete das Referat als „Kulturgutreferat“

DAS REFERAT 2.4.3 IM .BK

Das Referat 2.4.3 im .BK ist Zentralstelle und Interpolstelle für sämtliche Delikte im Zusammenhang mit Kulturgütern. Neben der nationalen und internationalen Fahndung und der Steuerung und Koordination von Kulturgutermittlungen wird aktiv nach gestohlenen Kunstgegenständen gesucht. Weniger bekannt ist vermutlich die Tatsache, dass das Kulturgutreferat auch für die Fahndung nach nicht nummerierten Wertsachen zuständig ist. Dies betrifft beispielsweise identifizierbare Schmuckstücke, die neben Kulturgütern in der Kulturgutfahndung und auf der öffentlich zugänglichen Internetseite des .BK (www.bmi.gv.at/fahndung) gespeichert werden.

Kulturgüter sind als Beute von strafbaren Handlungen sehr begehrt: Einerseits bietet der meist beträchtliche Wert ein Motiv. Andererseits sind Kunstgegenstände selten in öffentlichen Registern zu finden, weshalb der tatsächliche Eigentümer schwer festzustellen ist. Beim Verkauf müssen keine Dokumente vorgelegt werden und eine lückenlose Überprüfung der Herkunft des Objektes muss vom Käufer nicht erfolgen. Kulturgüter haben keinen Barcode, aus dem sich ihre Herkunft ablesen ließe. Deliktische Kulturgüter zu verkaufen ist somit keine schwierige Sache, und der Alltag im Referat zeigt immer wieder, dass gestohlene Kunst in heimischen Auktionshäusern, Kunst- und Antiquitätengeschäften, auf Flohmärkten und im Onlinehandel auftaucht. Hier ist es wichtig, sofort zu handeln, die Kulturgüter sicherzustellen und den Weiterverkauf zu verhindern.

Auch wenn viele Fälle von der Strafgerichtsbarkeit eingestellt werden, erfolgen zahlreiche Rückgaben an den ursprünglichen Eigentümer. Sollte dabei die „Kulturdiplo-matie“ nicht erfolgreich sein, so gibt es zivilrechtliche Möglichkeiten, etwa mit dem Kulturgüterückgabegesetz (KGRG). Die häufigsten Restitutionshindernisse sind der Erwerb „im guten Glauben“, Verjährung und die fehlende Rechtsgrundlage bei illegalen Ausgrabungen. Die illegale Ausgrabung von archäologischen Gegenständen, besonders aktuell seit den Krisen in Ägypten, Syrien, Irak oder Jemen, wird in vielen Nachbarländern mit Freiheitsstrafen

geahndet. In Österreich stehen nur die Tatbestände der Hehlerei und der Unterschlagung zur Verfügung.

„NICHTS GEWUSST“

Gerade die Hehlerei ist ein Straftatbestand, der im Kulturgutbereich sehr häufig zur Anzeige gebracht wird, jedoch kaum zu einer Verurteilung führt. Gewöhnlich reicht die Beteuerung, „nichts gewusst zu haben“, aus, um ein gerichtliches Verfahren oder gar eine Verurteilung zu umgehen. Auch ein erfahrener Kunsthändler, der einem Kunstdieb die am Vortag aus einer Kirche gestohlene Heiligenfigur abgekauft hat, hatte mit dieser Argumentation Erfolg. Und das nicht nur einmal!

Da bei der Bekämpfung der Kulturgutkriminalität Geduld und Kreativität gefragt sind, außerdem rechtlich oft unbekanntes Terrain zu beschreiten ist und viele Interessen abzuwägen sind, bietet diese Aufgabe ein spannendes Tätigkeitsfeld für Kriminalisten.

Die Fälle sind arbeitsintensiv und es dauert oft viele Jahre, bis eine Rückgabe an den Geschädigten oder eine Verurteilung durch Strafgerichte erfolgt. In den letzten fünfzehn Jahren konnten ungefähr 1.300 gestohlene Kunstgegenstände in Österreich identifiziert und nach Ermittlungen der Kulturgut-Sachbearbeiter in den Landeskriminalämtern sichergestellt werden. Viele davon konnten an Geschädigte im In- und Ausland ausgefolgt werden.

• helmut.baertl@kripo.at



links:
Madonna mit Kind CZ
Cholina sichergestellt
u ausgefolgt

rechts:
Kinshasa sichergestellt
u ausgefolgt





top thema

FÄLSCHEN: DAS SÜHNELOSE DELIKT

Im Artikel unseres Chefredakteurs Peter Grolig lesen Sie, dass wieder einmal Fälscher nicht verurteilt worden sind – keine Seltenheit wie Fälle aus der Vergangenheit zeigen. Entdeckt werden Fälschungen häufig, doch die Fälscher selbst hinter Schloss und Riegel zu bringen ist scheinbar eine schwierige Aufgabe.

Fälschungen sind seit der Antike bekannt. Selbst ein Teil der Kirchengeschichte beruht auf einem falschen Dokument: der „Konstantinischen Schenkung“. Die angebliche Zusage von Kaiser Konstantin, die römische Kirche über jeden anderen Glauben zu erheben, wurde vermutlich erst im 18. Jahrhundert produziert. Auch das Turiner Grabtuch ist eine Fälschung aus dem 13. Jahrhundert.

Aus Profitgier gefälscht wurde erst ab dem 15. Jahrhundert. Die Zeit der Renaissance war geprägt von reichen Kaufleuten, die ihren Reichtum mit antiken Kunstwerken zeigen wollten; und sie kauften, was ange-

boten wurde. Unzählige Künstler kopierten alte Meister und antike Skulpturen (darunter sogar Michelangelo Buonarroti). Folgen für die Fälscher, selbst wenn die Fälschung erkannt wurde, gab es kaum, denn niemand wollte sich lächerlich machen, auf eine Fälschung hereingefallen zu sein. Und so ist es bis heute.

DAS PRIVILEGIUM MAIUS

Auch eines der wichtigsten Dokumente in der Geschichte Österreichs ist eine reine Erfindung, eine primitive Fälschung. 1356 erließ Kaiser Karl IV. die „Goldene Bulle“, mit der die Wahl des römisch-deutschen Königs

geregelt wurde. Auch die Auswahl der sieben Kurfürsten, die wahlberechtigt waren, ist darin definiert. Der Kaiser (ein Luxemburger) übergab aus machttaktischen Gründen die Habsburger und die Wittelsbacher. Sein Schwiegersohn Rudolf IV (später „der Stifter“ genannt) wollte diese Schmach nicht hinnehmen und ließ fünf falsche Dokumente produzieren, mit denen er belegen wollte, dass Kaiser Friedrich I. Barbarossa den bayerischen Herzog Heinrich II. (deren Nachfolger ja die Habsburger waren) besondere Rechte zugestand. In ihrem Eifer überzogen die Fälscher aber ihre Argumente und behaupteten, dass bereits Cäsar und Nero Österreich Sonderrechte zugestanden hätten.

ten. Das im Frühjahr 1359 eingebrachte Dokument wurde sofort als Fälschung erkannt. Heute würde man es als Fake bezeichnen.

Natürlich gab es für Rudolf keine Sanktion oder Strafverfolgung, eine so einflussreiche Familie wie die Habsburger konnte man nicht desavouieren. Statt Strafe gab es 83 Jahre später sogar eine Belohnung, denn Friedrich II. (ein Habsburger) bestätigte das Dokument als Original, und die Habsburger erhielten den Titel „Erzherzog“.

DIE PROTOKOLLE DER WEISEN VON ZION

Eine völlig andere Motivation, nämlich Hass zu säen, hat ein angebliches Protokoll, das mit dem Titel „Die jüdische Gefahr“ (Untertitel: Die Protokolle der Weisen von Zion) Verbreitung fand. Dieses Traktat ist wohl die übelste politische Fälschung des 20. Jahrhunderts. Darin wird behauptet, dass die Protokolle vom Zionistenkongress 1897 stammen und eine Art Weltverschwörung von Juden und Freimaurern geplant ist.

Erstmalig erschien der Text 1903 in der russischen Zeitung Znamia, danach 1905 in einem Buch von Sergei Nilus. Die Protokolle wurden in Moskauer Kirchen vorgelesen und in mehreren Sprachen übersetzt. Ein Korrespondent der Londoner Times enthüllte, dass die Protokolle eine Fälschung sind und der Text große Ähnlichkeit mit einer 1864 veröffentlichten Satire hat. Als Quelle der Fälschung stellte sich Pjotr Rutschkowski, Chef des Außenressorts des russischen Geheimdienstes, heraus. Dass die Fälschung keine Folgen für ihn hatte, steht außer Zweifel.

Ein gefälschter Sovereign

Großbritannien ging 1931 von der Goldbasis ab und der Sovereign (eine Goldmünze im Wert von einem Pfund) war kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr. Man produzierte die Münze aber weiterhin, weil sie in den Entwicklungsländern sehr beliebt war.

Ein Mazedonier namens Jose Beraha erkannte Anfang der 50er Jahre des 20.



Jean de Sperati war einer der besten Briefmarkenfälscher

Jahrhunderts, dass der Nennwert des Sovereign 20 Dollar entsprach, der Materialwert aber nur 9. In Mailand eröffnet er eine kleine Münze und begann den Sovereign zu produzieren. Natürlich bekamen die britischen Behörden bald Wind von den gefälschten Münzen und verlangten 1952 von der Schweiz, wohin sich Beraha zurückgezogen hatte, die Auslieferung wegen Münzfälschung. Die Schweizer Richter wiesen den Auslieferungsantrag ab und sprachen ihn vom Vorwurf der Falschmünzerei frei. Wieso das, fragt sich der Laie. Nun, auf den Münzen von Beraha war 1918 als Produktionsjahr angebracht, aber in diesem Jahr wurden keine Sovereigns von der Londoner Münze geprägt, die Münze war also kein gültiges Zahlungsmittel. Strafbar war aber nur das Fälschen von legalen Zahlungsmitteln.

Der König der Briefmarkenfälscher

Jean de Sperati, ein Italiener aus Pisa, war nicht der erste Fälscher von Briefmarken, sicher aber einer der besten. Die von ihm hergestellten Fälschungen waren so gut, dass sie auch von Experten nicht erkannt wurden. Mit Echtheitszertifikaten konnte er die Marken gewinnbringend verkaufen. Briefmarkenfälschung erlebte im 2. Weltkrieg einen Boom, denn sie waren leicht zu

verstecken und wertvoll. Als Sperati beim Schmuggeln von Briefmarken aus Frankreich an der Grenze erwischt wurde, musste er die Fälschungen eingestehen, um dem Gefängnis zu entgehen. Es kam zu keiner Verurteilung, im Gegenteil, er klagte und gewann einen Diffamierungsprozess, weil ihn jemand Fälscher genannt hatte. Er bestand darauf, dass seine Marken keine Fälschungen, sondern Imitationen waren.

Die gefälschte Ilias

Ein dreister Fälscher war der Grieche Constantin Simonides (1820-1867). Er ging als junger Mann in ein Kloster auf dem Heiligen Berg Athos, wo er das Kopieren alter Manuskripte lernte. Als er 1845 nach Athen ging, hatte er unzählige Kopien von Originalen, aber auch frei erfundene Fälschungen bei sich. Er verkaufte völlig unbekannte Manuskripte und behauptete sogar, im Besitz eines Exemplars der Ilias und der Odyssee zu sein. Die Experten kamen zu keiner einheitlichen Meinung über die Echtheit, und so konnte Simonides die angebliche Original Ilias an den griechischen König verkaufen. Simonides überzog es, als er zwei angebliche antike Bücher verkaufen wollte. Er wurde als Fälscher entlarvt, aber nur aus Griechenland ausgewiesen.

• richard.benda@kripo.at



kommentar

SICHERHEIT FÜR UNSERE VOLKSVERTRETER

Die Parole von „mehr Privat, weniger Staat“ hat schon Generationen von Politikern beflügelt. Vor knapp 19 Jahren erreichte das Outsourcing auch in Sachen Sicherheit seinen Höhepunkt. Ewige Nörgler meinen, dass dabei nicht immer alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Jedenfalls konnten sich private Anbieter von Sicherheitsdiensten die Hände reiben: Das Geschäft boomte, was wahrscheinlich auch daran gelegen haben mag, dass nahezu zeitgleich mit Polizeireformen und Einsparungen die Kriminalität mehr und mehr wurde, da nutzten auch Beschwichtigungen nichts.

Es hat bis November 2018 gedauert, dass die hohe Politik erkannt hat, dass Privatisierungen im Sicherheitsbereich nicht unbedingt das Maß aller Dinge sind. Immerhin sah man sich nun selbst akut bedroht, hat sich doch ein amtsbekannter Neonazi als „Security“ ins Parlament eingeschlichen. Ohne Sicherheitsüberprüfung ist er ins Allerheiligste vorgedrungen, ganz legal, ohne Trickserei. Aber eben auch ohne strenge Sicherheitsüberprüfung, die seinen Arbeitgeber freilich auch mehr gekostet hätte als die gewerberechtliche Zuverlässigkeitsprüfung. Nicht nur der Staat muss sparen.

Weil es nun also unmittelbar um die eigene Haut geht, steht die hohe Politik nicht an, weder Kosten und Mühen zu scheuen, diese ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten. Die lag und liegt hausintern in den Händen der Administrationsstabstelle 2.2, die von Werner Autericky geleitet wird, kurzfristig Leiter des Wiener Landesamtes für Verfassungsschutz (und Terrorismusbekämpfung). Ihm untersteht die 14-köpfige Abteilung, die – je nach Anlass – von 20 bis 80 externen „Securitys“ unterstützt wird. Die stellt wiederum der weltweit tätige Sicherheitskonzern G4S, der den umstrittenen Neonazi beschäftigt hat, und der insgesamt nicht wirklich als Verlierer werden kann (und der unter anderem den einstigen „Reform-Minister“ kurzfristig im Aufsichtsrat hatte, Anm.). Ergänzt wird der personelle Sicherheitsaufwand mit nicht wenigen regelmäßig zum Parlamentsdienst abkommandierten Polizisten.

Den nun offenbar völlig verunsicherten heimischen Volksvertretern schwebt jetzt vor, sich eine eigene Polizeitruppe aufzustellen. Als Vorbild dient die „Polizei beim Deutschen Bundestag“, kurz „Parlamentspolizei“ genannt. Die ist zwar nur 200 Mann/

Frau stark, laut Verfassung aber eine „richtige“ und eigenständige Polizei, gleichzusetzen mit der Bundespolizei. Sie untersteht jedoch nicht dem Innenminister, sondern eben dem Bundestagspräsidenten, Stichwort Gewaltentrennung. Der Deutsche Bundestag gilt als eigener Polizeibezirk, damit ist die Zuständigkeit anderer Polizeibehörden ausgeschlossen. Die Parlamentspolizei ist für alle Gebäude, Räume und Grundstücke und die etwa 6.000 Parlamentsbediensteten verantwortlich.

In Wien gilt es, etwa 400 Parlamentsmitarbeiter zu beschützen – und natürlich die unmittelbar gefährdeten 183 Nationalrats- und 61 Bundesratsabgeordneten. Dafür, so wird derzeit laut nachgedacht, werden wohl bis zu 80 Parlamentspolizisten notwendig sein. Es darf angenommen werden, dass der Plan rasch umgesetzt wird. Das Personal wird wohl aus Beständen der Bundespolizei rekrutiert. Und weil es ja um unsere Volksvertreter geht, werden die zu besetzenden Planposten sicher nicht schlecht bewertet sein. Sollte das Budget knapp werden, kann man ja der Kriminalpolizei ein paar notwendige Controllingpunkte streichen.

• peter.grolig@kripo.at



KRIMINALISTENTREFFEN ÖSTERREICH – BAYERN

Grenzenloser Gedanken- und Wissensaustausch war die Motivation, das alljährliche VKÖ-Funktionärs-Treffen heuer auf Bayern auszudehnen. Vorarlberg, genauer das idyllische Dornbirn, war der Ort dieses Kontaktes.

Zweck des jährlichen Treffens der VKÖ-Sektionsleiter und des Vorstands sind organisatorische Belange und die Erstellung von Leitlinien für die künftige Arbeit. Es liegt in der Natur der Sache, dass bei solchen Zusammenkünften nicht nur vereinsinterne, sondern auch dienstliche Themen besprochen werden. Die Klärung der Frage, ob es in Bayern dieselben dienstlichen Probleme wie in Österreich gibt, hat dazu geführt, dass die Landesgruppe Bayern des „Bund Deutscher Kriminalbeamter“ (BdK) zum Sektionsleitertreffen am 12. und 13. Oktober 2018 eingeladen wurde. Schlussendlich sind 22 Kriminalbeamte aus Österreich und 10 aus Bayern dem Ruf gefolgt.

Der Eröffnung der Tagung im Veranstaltungszentrum Inatura fand im Beisein von Sicherheitslandesrat Christian Gantner, LKA-Kommandant Hardy Tschofen, sei-

nem Stellvertreter Phillip Stadler und dem Dornbirner Vizebürgermeister Martin Ruepp statt. An den Folgetagen wurde sowohl im offiziellen Teil, aber auch bei persönlichen Gesprächen festgestellt, dass die bayerischen Kollegen zu fast 100 Prozent mit denselben Problemen wie wir zu kämpfen haben. Grob umrissen sind das: Personalmangel, Überalterung, schlechtere Aufstiegschancen als die uniformierten Kollegen und manch höhere Vorgesetzte in Uniform, die dem Kriminaldienst fast feindlich gegenüberstehen.

Einzelfälle, die von Kollegen vorgetragen wurden, sind tatsächlich oft haarsträubend und lassen zweifeln, ob in Zukunft überhaupt noch erfolgreich gearbeitet werden kann. So hat es in einem Ermittlungsbereich mit 30 Kriminalbeamten 10 Abgänge gegeben bzw. wird es in den nächsten Monaten geben. Ersatz: Keiner. Es wird doch

wohl niemand glauben, dass die Reduktion des Personals um ein Drittel ohne Folgen für die Aufklärungsquote bleiben kann.

Kritisiert wurde auch, dass das LVT-Personal massiv aufgestockt und neue Einheiten wie Puma etc. gegründet wurden, für die Kripo aber kein Personal vorhanden ist. Die Zugänge decken in den meisten Dienststellen nicht einmal die Abgänge durch Pension. Es scheint nur niemanden zu interessieren.

Ein Beispiel aus Vorarlberg macht deutlich, wie (schlecht) es um die Aufstiegschancen steht: Die Ausschreibung einer Führungsstelle hat keine einzige Bewerbung nach sich gezogen. Warum auch zur Kriminalpolizei, wenn man im uniformierten Bereich bis zu 300 Euro im Monat mehr verdienen kann?



*Die VKÖ wünscht allen Freunden,
Kollegen und Kolleginnen
Frohe Weihnachten und
einen guten Rutsch ins Jahr 2019*



KRIPO.AT TERMINE



Fachtagung Wen(n) der Terror trifft

18 Jänner 2019, 09:00 - 17:00 Uhr,
Müllnergasse 4, 1090 Wien

Fachleute aus dem Bereichen Terrorbekämpfung, Opferhilfe, Medizin und Öffentlichkeitsarbeit berichten über Folgen von Terroranschlägen und Reaktionen darauf.

VKÖ Schießen

21.02.2018, 14:00-17:00 Uhr
Schützenverein „1602 Stockerau“

2000 Stockerau, Alte Au 2

nähere Informationen unter:
sektetariat@kripo.at

Aus dem VKÖ-Archiv

Das Ende des Ringkragens: Die Kokarde der Sicherheitswache

Das Fachblatt der freien Organisation der Wiener Sicherheitswache und Polizeiangen „Die Volkspolizei“ teilt mit, daß das Ministerium des Innern eine Kokarde als neues Dienstabzeichen der Sicherheitswache und des Polizeiangenkörpers genehmigt hat. Die Kokarde hat einen Durchmesser von vier Zentimeter und ist mit dem Staatswappen nebst einer Randschrift „Polizeidirektion in Wien“ versehen. An der unteren Fläche der Randschrift ist die Nummer eingepreßt. Die Kokarde ist aus *Alpaka* hergestellt, in der Mitte befindet sich das in Feueremail ausgeführte Wappen. Etwa 8.000 Amtsorte wurden bereits mit der Kokarde beteiligt, deren Einführung Mitte November allgemein werden soll. Damit verschwindet endgültig der Ringkragen der Sicherheitswache.

(Illustrierte Kronen Zeitung, 12.11.1919)

SEKTION WIEN: WAFFENTRÄGER AUFGEPASST!



Erben erst gegründet, ruft die VKÖ-Sektion-Wien unter ihrem frisch bestellten Leiter Roland Wastl (Bild rechts) auch schon zu ihrer allerersten Veranstaltung: Am 21. Februar 2019 wird von 14 bis 17 Uhr im Schützenverein „1602 Stockerau“ (Stockerau, Alte Au 2) scharf geschossen. Positiver Kritik folgend, gibt es dort nun ausreichend Parkplätze und mit Josef Tampermeier einen ebenso beliebten wie routinierten Trainer, der auch Aufsicht und Leitung übernimmt. Die exklusive VKÖ-Veranstaltung bietet zugleich die Möglichkeit zur gesetzlich vorgeschriebenen halbjährlichen Waffenübung und zur Waffenführerscheinprüfung.

Über diesen Termin hinaus steht Josef Tampermeier pensionierten Kollegen auch gerne mit Rat und Tat zur Seite, falls etwa demnächst eine Überprüfung anstehen beziehungsweise eine Schulung notwendig sein sollte.
(☎ 0699 1922 95 34 oder per Email bildung.sport@chello.at)



SEKTION TIROL: KURZWEILIGER KRIMIABEND

Polizist Dietmar Wachter hat sich Kriminalfällen verschrieben. In Kurzgeschichten und Tiroler Heimatkrimis beschäftigt

er sich mit alten Erzählungen und Anekdoten, entführt den Leser in eine schaurige Welt: Die Fälle „Der Holzfischer“, „Das Zingulum“, „Das Mädchen mit der Puppe“, „Katharinas Rache“ und „Das Mädchen Dori“ wurden von Matteo Steininger geklärt. Aber es hilft nichts, Steininger wird in Pension gehen. Jedoch wird es laut Wachter mit den Krimiabenden weitergehen.

Beim VKÖ-Krimiabend in Imsterberg präsentierte der Autor selbst seine Bücher, Ivana Bund begleitete mit selbst komponierten Liedern. Als Überraschungsgast trat mit Oswald Wachter ein erfahrener Schauspieler auf, der bei den Passionsspielen Klostertal den Jesus spielt. Er ist ebenfalls Polizist und sorgte mit seiner Lesung für zusätzliche Spannung. Als Höhepunkt des Abends wurden Wachter-Bücher in Form eines Krimirätsels durch Kollegen Erwin Vögele verlost. Im zahlreich erschienenen Publikum konnten auch gleich zwei neue Mitglieder gewonnen werden.



SEKTION TIROL:

SPANNENDER PSYCHO-VORTRAG



Wenn Kriminalpsychologe Thomas Müller seine (wahren) schaurigen Fälle launig vorträgt, sind Spannung und Unterhaltung garantiert. Zuletzt fesselte er das zahlreich erschienene Publikum auf Einladung der VKÖ-Sektionsleiter Tirol, Albert Mandl und Martin Brunner, am 30. November im Vereinsheim Hötting in Innsbruck: „Der Müller ist immer ein Knüller“, so das Fazit eines Teilnehmers.



KRIPO.AT RÄTSEL

Die Frage, wann die erste „Most-Wanted-Fahndung“ auf der Website des Innenministeriums erschienen ist, erlaubte zwei Antworten: 2010 wurde die Most-Wanted-Liste von Verdächtigen, die von Österreich gesucht werden, ins Netz gestellt. 2016 folgte die Liste der von Europol international Gefahndeten. Die Gewinner sind: Fritz Draxler, Josef Rohaczek und Walter Pöchhacker.

Unsere neue Frage befasst sich mit der Geschichte der Staatspolizei: Im Sommer 1919 besuchte Polizeipräsident Johann Schober Staatskanzler Karl Renner und wollte ihn von der Notwendigkeit eines Polizeiapparates überzeugen, der „über die politische Tätigkeit der eigenen Staatsbürger, sowie auch der Ausländer fortlaufend informiert“. Im August 1920 wurde diese Dienststelle geschaffen, die somit ein Vorläufer des BVT war. Wie hieß diese Abteilung?

Antworten bis 15. Jänner 2019 an sekretariat@kripo.at.

WOHNUNG ZU VERGEBEN



Ab sofort wird eine Wohnung in 1190 Wien, Döblinger Hauptstraße 59 vergeben. Sie hat 127m² und ist gartenseitig im Parterre gelegen. Sie wurde heuer renoviert. Näheres über unser Sekretariat.

TODESFÄLLE

Hilde FRINTA
Witwe
Wien
im 91. Lebensjahr

Franz KRAXNER
Graz-Puntigam
im 79. Lebensjahr



UNSERE KOOPERATIONSPARTNER



SEKTIONSLEITER IN DEN BUNDESLÄNDERN

- | | | |
|-------------------|------------|--|
| Burgenland: | Eisenstadt | Norbert Janitsch, burgenland@kripo.at |
| Kärnten: | Klagenfurt | Harald Jannach, kaernten@kripo.at |
| Niederösterreich: | St. Pölten | Andreas Bandion, niederosterreich@kripo.at |
| Oberösterreich: | Linz | Helmut Kaiser, oberoesterreich@kripo.at |
| | Wels | Helmut Kaiser, wels@kripo.at |
| | Steyr | Josef Fuchshuber, steyr@kripo.at |
| Salzburg: | Salzburg | Johann Bründlinger, salzburg@kripo.at |
| Steiermark: | Graz | Karl Strohmeier, steiermark@kripo.at |
| Tirol: | Tirol | Albert Mandl, tirol@kripo.at |
| | Innsbruck | Martin Brunner, innsbruck@kripo.at |
| Vorarlberg: | Bregenz | Norbert Schwendiger, vorarlberg@kripo.at |



IMPRESSUM

Eigentümer und Herausgeber: Vereinigung Kriminaldienst Österreich
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. 050133133
E-Mail: redaktion@kripo.at
Präsident: Richard Benda
Chefredakteur: Peter Grolig
Redaktionssekretariat: Birgit Eder
Gestaltung: Christian Doneis
Mitarbeiter: Richard Benda, Prof. Josef W. Lohmann, Herbert Zwickl, Helmut Bärtl, Willibald Plenk, Otto Scherz
Redaktionsadresse: Redaktion der kripo.at, A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, E-Mail: redaktion@kripo.at. Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache mit der Redaktion mit Quellenangabe zulässig.



Verleger: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28.
Anzeigenverwaltung: A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28
Hersteller: DHT Feldkirchen b. Graz, Gmeinerstraße 1-3.
Verlags- und Herstellungsort: A-8073 Feldkirchen b. Graz Verlagspostamt: A-8073 Feldkirchen.
Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen des öffentlichen Dienstes verfassten Beiträgen handelt es sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:
Medieninhaber: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H.
Grundlegende Richtung: „kripo.at“ ist ein Informationsmedium für Exekutivbeamte und die an Sicherheitsfragen interessierten Bürger. DVR-Zahl: DVR 08885606
„kripo.at“ erscheint sechsmal jährlich, wird allen Mitgliedern kostenlos zugesandt und ist nur per Postzustellung zu beziehen. www.kripo.at. Veröffentlichung nach Pressegesetz